



Fraktion aktuell

Der Newsletter der SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover


102 | 26.04.2024

Liebe Leserin, lieber Leser,

nachdem seit einem halben Jahr in Sachen Innenstadt kein neuer Vorstoß des Oberbürgermeisters erfolgt ist, haben wir wieder Bewegung in diese Angelegenheit gebracht. Unser Ziel ist es nach wie vor im Rat, Hannovers Innenstadt attraktiver zu machen.

Zudem ist mit dem Duschbus endlich ein neues Angebot für obdachlose Menschen in unserer Stadt in Betrieb genommen worden.

Eine interessante Lektüre wünscht



Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

Neue Attraktionen für die Innenstadt

In der vergangenen Woche haben wir Vorschläge für neue Angebote dafür unterbreitet, wie der öffentliche Raum von Hannovers City aufgewertet kann. Damit haben wir Ideen aus unserem Konzept „[Hannofuture City](#)“ präzisiert. Dabei soll der öffentliche Raum durch Maßnahmen ganzjährig nutzbar werden, die zugleich der notwendigen Anpassung an den Klimawandel oder der Stärkung der Kultur dienen.

Eine Stadt für alle.



Konkret geht es um zum einen das sogenannte Kulturquartier zwischen Schauspielhaus, Künstlerhaus und Oper. Hier schlagen wir für die Prinzenstraße eine Klanginstallation vor, die eine akustische Weltreise ermöglicht. Für die Sophienstraße können wir uns eine Lichtinszenierung vorstellen, die den Kronleuchter dort durch weitere Installationen aufwerten würde. In der Georgstraße wiederum möchten wir Hannovers Partnerstädte noch präsenter machen, als sie durch die Bodenplatten nahe des Kröpcke bisher sind: durch Kunstobjekte aus unseren Partnerstädten, die entlang einer „Twin-City-Mile“ aufgestellt würden. Für den Opernplatz selbst schlagen wir eine mobile Bühne vor, die dort ganzjährig für kleinere Aufführungen genutzt werden könnte.

Der zweite Bereich, den wir angehen wollen, ist die Verbindung vom Neuen zum Alten Rathaus. Diese Strecke – über den Theodor-Lessing-Platz, vorbei am ZeitZentrum Zivilcourage, und den Köbelinger Markt – soll zu einer „Meile der städtischen Demokratie“ werden. Im Zuge dessen sollen die beiden Plätze einladender gestaltet und auch hier mehr Aufenthaltsqualität geschaffen werden.

Diese Areale, aber auch andere Straßenzüge und Plätze sollen zudem so gestaltet werden, dass sie als Klimainseln in der Innenstadt fungieren. Dazu sollen Sitzgelegenheiten geschaffen und diese Bereiche begrünt werden. Dies wird für Abkühlung sorgen und damit das Mikroklima in der Innenstadt ebenso verbessern wie Entsiegelungsmaßnahmen. Angesichts der heißen Sommer sollten auch Trinkwasserbrunnen angelegt werden.

Diese Vorschläge können – nach dem Beschluss zur Umgestaltung des Steintorplatzes – ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einer attraktiveren, zukunftsgerichten Innenstadt sein. Sie bilden den Auftakt für weitere Anträge, die wir zur Zukunft der Innenstadt stellen werden, beispielsweise zur Verkehrsführung im Allgemeinen sowie zu Wirtschaft und Handel. Wir sind davon überzeugt, dass wir damit wieder Bewegung in die Debatte um die Gestaltung der Innenstadt bringen werden – einer Innenstadt für alle!



Visualisierung von innerstädtischen „Klimainseln“.
© ARGE KLIMA*INSELN.

Zukunftsplan Handwerk

Vor einem Jahr hatten wir mit der [Handwerkskammer](#) und der [Kreishandwerkerschaft](#) darüber gesprochen, wie es gelingen könnte, das Handwerk künftig bei der Stadtplanung stärker zu berücksichtigen. Daraus war die Idee eines Masterplans entstanden, den die Verwaltung gemeinsam mit den Vertretungen des örtlichen Handwerks erarbeiten soll.

Dieser „[Zukunftsplan Handwerk](#)“ soll – nach dem Vorbild anderer deutscher Großstädte – Vereinbarungen enthalten, die dem Leitbild einer funktionsgemischten Stadt genügt und Konzepte zur inte-

grierten Quartiersentwicklung unter Berücksichtigung von Integration von Wohnen und Arbeiten in Stadtteilen enthält. Dabei soll das Handwerk in die aktive Entwicklung von Innenstadt und Stadtteilzentren, in Aktivitäten für Baukultur und Denkmalschutz und zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums für Auszubildende und Fachkräfte eingebunden werden.

Auch bei der Planung der Güter- und Wirtschaftsverkehre in der Stadt und der Entwicklung der Ladeinfrastruktur für E- und Wasserstoffmobilität soll das Handwerk mitreden dürften, ebenso beim Ausbau der erneuerbaren Energien und der klimagerechten Quartierssanierung. Die Wirtschaftsförderung soll stärker auf den Ausbau mittelständischer Strukturen ausgerichtet und die Kooperation zwischen Stadt, ihren Beteiligungsunternehmen und dem Handwerk deutlich verbessert werden.

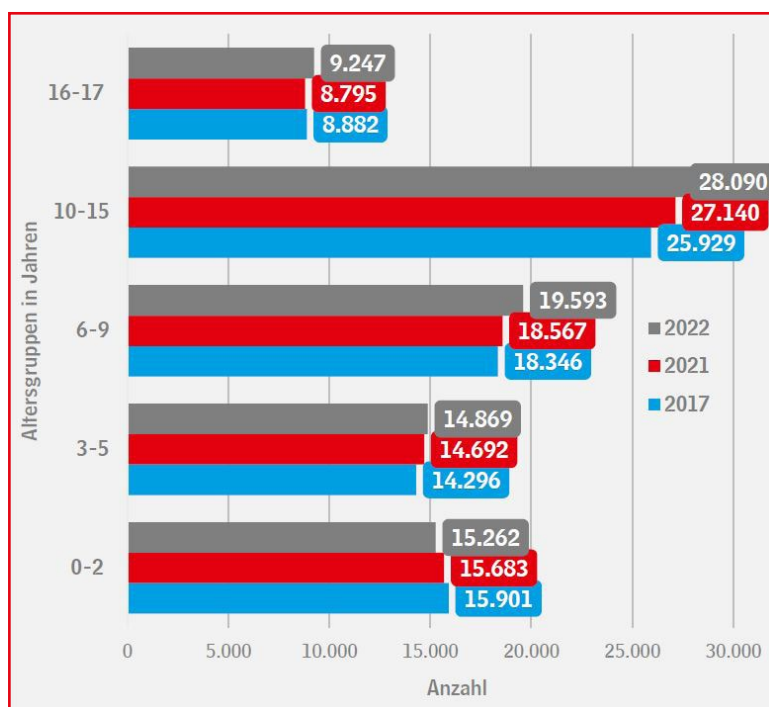
In den städtischen Schulen soll die Berufsorientierung stärker die duale Ausbildung im Handwerk berücksichtigen, und schließlich sollen Stadt und Handwerk gemeinsam Maßnahmen für eine erfolgreiche und dauerhafte Integration Zugewanderter in Ausbildung und in den Arbeitsmarkt entwickeln.

Den Entwurf des „Zukunftsplans Handwerk“, den wir im Verwaltungsausschuss am vergangenen Donnerstag abschließend auf den Weg gebracht haben, soll die Verwaltung Anfang des nächsten Jahres den Ratsgremien zur Beratung vorlegen.

Sozialbericht 2023

In verschiedenen Ausschüssen beraten wir zurzeit den [Sozialbericht 2023](#), der erstmals auch in leichter Sprache vorgelegt worden ist – ein wichtiger Schritt zur Inklusion auch in Fragen der Kommunalpolitik.

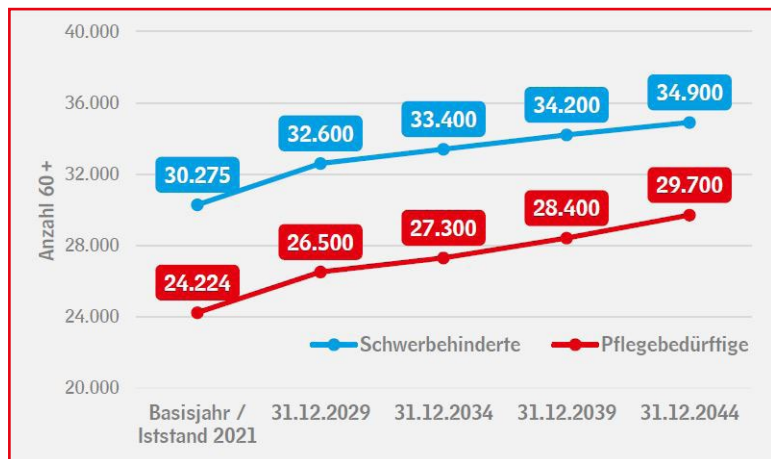
Kernaussagen des Berichtes sind zunächst die Feststellung, dass unsere Stadt wächst. Dabei lässt sich am Wachstum der verschiedenen Stadtteile gut ablesen, wo in den vergangenen Jahren besonders viele Wohnungen neu gebaut worden sind. Auffällig ist sodann allerdings auch, dass vor allem die Gruppe der Menschen im Alter von mindestens 60 Jahren wächst. So stieg der Altersquotient, der diese Gruppe ins Verhältnis zur Gesamtbevölkerung Hannovers stellt, innerhalb von fünf Jahren von 40,1 auf 42,2 Prozent. Gestiegen ist im selben Zeitraum zwar auch die Zahl der Geburten, doch schwanken hier die jährlichen Zahlen stark. So stieg in dieser Zeit auch der Anteil von Kindern und Jugendlichen an der Stadtbevölkerung - um 3.700 bzw. von 15,4 auf 15,8 Prozent – und damit der Bedarf an Kita- und Schulplätzen. So wie der Anteil alter Menschen ungleich über die verschiedenen Stadtteile verteilt ist, gilt dies ebenfalls für Kinder und Jugendliche.



*Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen 2017–2021 und 2021–2022.
Quelle: Sozialbericht 2023, DS 0694/2024, Anlage 1, Abb. 2-6.*

Auch der Anteil an Frauen unter Hannovers Bevölkerung ist gestiegen. Dies ist allerdings keine Folge des demografischen Wandels, also des Alterns der Stadtbevölkerung, sondern dem Umstand geschuldet, dass in Folge des russischen Krieges gegen die Ukraine vor allem Frauen von dort Zuflucht in unserer Stadt gesucht und gefunden haben. Dessen ungeachtet ist Hannover ohnehin internationaler geworden und die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund seit 2020 um 18.000 gestiegen.

Eine besondere Herausforderung stellt der Anstieg von Menschen mit Schwerbehinderung und Pflegebedarf dar. Hatten 2021 8,4 Prozent der Stadtbevölkerung eine schwere Behinderung und waren 5,6 Prozent pflegebedürftig, so wird dieser Anteil in den nächsten zwanzig Jahren be-



ständig wachsen, und zwar um zehn bzw. zwanzig Prozent.

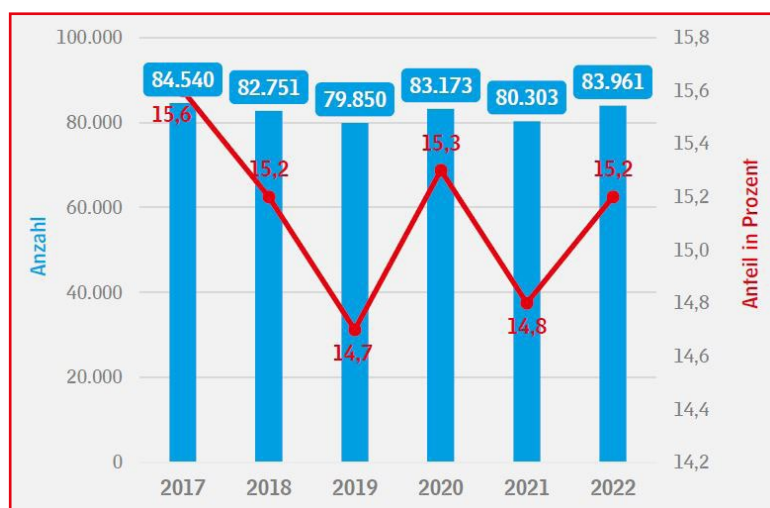
Ähnlich groß ist die Herausforderung, die sich daraus ergibt, dass mehr als die Hälfte aller Haushalte in unserer Stadt Alleinlebende sind. Zwar ist Hannover nicht mehr Deutschlands „Hauptstadt der Singles“, aber das Thema Vereinsamung bedarf nach wie vor besonderer Aufmerksamkeit.

Demografisch bedingte Mindestanstieg: Menschen mit Schwerbehinderung und Pflegebedürftige, die älter als 60 Jahre sind. Quelle: Sozialbericht 2023, DS 0694/2024, Anlage 1, Abb. 2-11.

Besonders besorgniserregend ist die Entwicklung von Armut in unserer Stadt. Ende 2022 bezog jede*r Siebte Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts, und jede*r Fünfte war armutsgefährdet. Das größte Armutsrisiko haben Alleinerziehende (45

Prozent dieser Bevölkerungsgruppe), Kinder (27%) und Familien mit drei oder mehr als drei Kindern (36/54%). Auch hier schwankt die Verteilung nach Stadtteilen; am höchsten ist das Armutsrisiko im Sahlkamp, am Mühlenberg, in Vahrenheide, Hainholz und Mitte).

Zugespitzt wird diese Lage durch den angespannten Wohnungsmarkt und den anhaltenden Anstieg der Mieten bei gleichzeitig sinkendem Angebot an günstigem Wohnraum. Das [Wohnkonzept 2035](#), das wir vor einem Vierteljahr beschlossen haben, muss deshalb dringend umgesetzt werden.



Entwicklung des Transferleistungsbezuges, absolut und prozentual, 2017–2022. Quelle: Sozialbericht 2023, DS 0694/2024, Anlage 1, Abb. 5-1.

Grundsteinlegung am Kronsberg

Bei der Bebauung des südlichen Kronsberges ist ein weiterer Meilenstein erreicht worden. Den [Auftrag](#), die Flächen östlich des ehemaligen Weltausstellungsgeländes zu bebauen, hatten wir vor zehn Jahre erteilt, vier Jahre später wurde dieses Vorhaben in Angriff genommen.

Vor einer Woche ist nun der Grundstein für die Bebauung des Iris-Runge-Platzes gelegt worden, eines Herzstückes im mittleren Bauabschnitt von „Kronsrode“, unter dem das Gebiet vermarktet wird. Der Platz wird von der Stadtbahnstation Messe-Ost den zentralen Zugang zu dem Quartier darstellen, großzügige Grün- und Aufenthaltsflächen bereithalten und von Gastronomie und Einzelhandel flankiert werden. Fertiggestellt sein soll der Platz mit den beiden angrenzenden Baufeldern Ende dieses Jahres.



Am selben Tag besuchte unsere Bundesbauministerin Klara Geywitz die Baustellen

am Kronsberg und überzeugte sich von den Fortschritten in Niedersachsens größtem Wohnbaugesamt. Hier entstehen um die 3.800 Wohnungen und die notwendige soziale und gewerbliche Infrastruktur.

Visualisierung des Iris-Runge-Platzes. Quelle: LHH, © Delta/meravis/MACINA.



Duschbus für Wohnungslose

Vor zehn Tagen ist der sogenannte Duschbus in Betrieb genommen worden. Bereits zum Haushalt 2021/2022 hatten wir die Mittel für dieses [Vorhaben](#) bereitgestellt und zwei Jahre später [zusätzliche Mittel](#) hierfür beschlossen. Die Umsetzung hatte sich leider vor allem aus technischen Gründen verzögert, doch seit dem 16. April ist der Duschtrailer als „Mobalni – das mobile Badezimmer für Menschen auf der Straße“ in Hannover unterwegs, betrieben wird er von den [Maltesern](#). Der Duschbus ergänzt die Angebote für wohnungs- und obdachlose Menschen in unserer Stadt, darunter auch andere Fahrzeuge, wie die Wärmebusse während des Winters.

Blick in den neuen Duschbus.

Mittel aus dem „Hannoverfonds“

Aus dem [Hannoverfonds](#), den wir zum Haushalt 2021/2022 einrichten ließen, sind seither ca. 465.000 Euro für verschiedene Projekte der Kinder- und Jugendarbeit abgeflossen. Am Montag haben wir im Jugendhilfeausschuss [weitere Mittel](#) aus dem Hannoverfonds bewilligt, die in ein Projekt für die Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen im Sahlkamp und an ein jugendkulturelles Projekt in Ledeburg fließen sollen – insgesamt 11.400 Euro.

Allerdings wünschen wir uns eine stärkere Ausrichtung des Hannoverfonds auf die Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut. Deshalb soll die Stadtverwaltung in diesem Bereich um zusätzliche Fördermittel von Land, Bund und Europäischer Union bemühen und auch das Fundraising für dieses Aufgabenfeld verstärken. Auf diese Weise soll das Budget des Hannoverfonds gesichert werden. Zudem sollen dem Jugendparlament, das wir auf den Weg gebracht haben, 60.000 Euro in diesem Jahr aus dem Hannoverfonds als Anschubfinanzierung zur Verfügung gestellt werden. Diese Mittel sollen ab 2025 in einer Höhe von 40.000 Euro verstetigt werden. Auf einen entsprechenden [Antrag](#) zur Ausgestaltung einer bedarfsgerechten, partizipativen sowie zukunftsfähigen und nachhaltigen Kinder- und Jugendarbeit haben wir uns mit Grünen und CDU verständigt.



Fraktionssitzung am 16. April beim Stadtsportbund. An der Stirnseite Michael Rabe, Sebastian Pook und Claus-Dieter Schacht-Gaida vom SSB mit unserem Fraktionsvorsitzenden Lars Kelich (v.r.).

Besuch beim Stadtsportbund

Der [Stadtsportbund](#) vertritt 347 Vereine mit mehr als 113.000 Mitgliedern und ist damit eine der wichtigsten Interessenvertretungen in unserer Stadt. Als Koordinierungsstelle für sportliche Belange und als Vertretung zahlreicher Ehrenamtlicher ist der SSB auch für uns unverzichtbar.

Am Dienstag vergangener Woche war unsere Fraktion zu Gast beim SSB in dessen Räumlichkeiten hinter dem Niedersachsenstadion. Die Vizepräsidenten Michael Rabe und Claus-Dieter Schacht-Gaida sowie Geschäftsführer Sebastian Pook (letztere auch Beratende Mitglieder unserer Sport-AG und im Sportausschuss) berichteten über die Tätigkeit des Stadtsportbundes und seine zentralen Herausforderungen. Dazu gehört die Unterstützung der Mitgliedsvereine – auch bei der Kooperation unterein-

ander oder der Fusion miteinander –, die Bäder, die mit Blick auf die Schwimmfähigkeit der – nicht nur jungen – Menschen sowie der Erhalt und die Pflege von Sportflächen. Mit Blick auf die alternde Gesellschaft nehme der Senior*innensport eine zunehmend wichtige Rolle ein, und hinsichtlich der Armutgefährdung (vgl. oben zum Sozialbericht) verdiene die sportliche Teilhabe einkommensschwächerer Schichten erhöhte Aufmerksamkeit. Bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagschule böten sich Sportvereine als Kooperationspartner an. Und auch bei der Integration Zugewanderter und beim Kampf gegen Rassismus könne der Sport wichtige Beiträge leisten.

Die Bedeutung insbesondere des Breitensports ist uns sehr bewusst, unsere sportpolitischen Anträge, vor allem auch zu den letzten Haushaltsberatungen, unterstreichen den hohen Stellenwert, den unsere Fraktion dem Sport zumisst.

Entschädigungssatzung abschließend geregelt

Als Anerkennung für ihre Tätigkeit erhalten Menschen, die ehrenamtlich für unsere Stadt tätig werden, Entschädigungen. Diese Aufwandsentschädigungen sind relativ gering und stellen insofern vorrangig einen Ausdruck der Wertschätzung für das ehrenamtliche Engagement dar.

In den Genuss solcher Entschädigungen kommen etwa Personen, die im sozialen Bereich, in der Integrationsarbeit oder in der Kinder- und Familienbetreuung ehrenamtlich tätig sind. Entschädigungen stehen ebenfalls den Ehrenamtlichen in der Kommunalpolitik zu, Beratenden Mitgliedern in den Ratsausschüssen, der Stadtbezirksräte und des Rates. Nachdem diesbezüglich noch rechtliche Detailfragen mit den Niedersächsischen Innenministerien zu klären waren, konnte der Rat gestern nun die Neufassung der [Entschädigungssatzung](#) beschließen.

Erstmals Plakatierungssatzung erlassen



Bislang wurden die Regeln für die Wahlkampfwerbung durch Plakate von der Stadtverwaltung bestimmt. Dabei war es in den vergangenen Jahren wiederholt zu Unstimmigkeiten gekommen, was mancherorts zu erheblichem Ärger führte.

Aus diesem Grunde haben wir eine verbindliche [Plakatierungssatzung](#) entworfen, die klare und beständige Regelungen für die Anbringung von Wahlkampfplakaten vorsieht. Leider ist der Beschluss nicht vor dem Europawahlkampf zustande gekommen, der seit gut zehn Tagen auch im Straßenbild Hannover sichtbar ist. Allerdings hat die Stadtverwaltung in ihrer jüngsten Verordnung zur Wahlkampfplakatierung die neuen Regelungen bereits berücksichtigt. Der Rat hat diese Satzung gestern beschlossen.

Wahlplakat in der Luisenstraße.

Umsetzung des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes

Vor zweieinhalb Monaten hat der Bundestag die Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes beschlossen. Dazu gehört die sogenannte Doppelpass-Regelung, die es künftig Menschen mit einer Staatsbürgerschaft außerhalb der EU erlauben wird, diese zu behalten und gleichzeitig die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen. Auch soll die Aufenthaltszeit, die als Voraussetzung für die Einbürgerung gilt, von acht auf fünf Jahre gesenkt werden.

Auf unsere [Anfrage](#), wie die Ausländerbehörde sich auf die Vielzahl zusätzlicher Anträge auf Einbürgerung einstellt, erläuterte die Verwaltung, dass einerseits das entfallende Entlassungsverfahren aus einer anderen Staatsangehörigkeit für Entlastung sorgen werde. Andererseits habe man ein digitales „Self-Service-Tool“ eingeführt, das die Prüfung der Einbürgerungsmöglichkeit sowie die Erstellung einer individuellen Checkliste dafür ermöglicht. Der Online-Check sei in der Pilotphase bereits reichlich genutzt worden. Die Digitalisierung in diesem Bereich werde durch die Einführung der elektronischen Akte (eAkte), Online-Terminvergabe und weitere Online-Antragsarten ausgeweitet.

Zudem habe die Verwaltung zielgerichtete Beratungs- und Unterstützungsangebote ausgebaut und hierfür mit dem Netzwerk der Migrant*innen-Selbstorganisationen (MiSo), den Hochschulen und weiteren Organisationen sowie mit Einbürgerungslotsinnen und -lotsen zusammengearbeitet und Informationsveranstaltungen zum Thema durchgeführt.

Obwohl der Verwaltung allein für die nächsten zweieinhalb Jahre 33 zusätzliche Personalstellen benötige, sehe sie sich insgesamt gut gerüstet, wenn am 26. Juni das neue Staatsangehörigkeitsrecht in Kraft treten wird.

Beantwortet wurde gestern im Rat ebenfalls unsere [Anfrage](#) zur Tätigkeit der städtischen Antidiskriminierungsstelle im vergangenen Jahr.

Beschlussticker

Beschlossen hat die Ratsversammlung gestern unter anderem: [Antrag](#): Landeshauptstadt Hannover im Team. Zusammen mit der Region. Gemeinsam für die Olympischen Spiele 2036/2040 +++ [Änderungsantrag](#) zu einer neuen Strategie für den Einsatz des Verkehrsrechners.

Der Verwaltungsausschuss hat am 18. April abschließend beschlossen: [Antrag](#) zur Fortführung und Etablierung der Koordinierungsstelle Bewegung, Sport & Ernährung +++ [Antrag](#) aus dem Planspiel von Kindern und Jugendlichen „Pimp Your Town“: Mülleimer-Kataster +++ [Antrag](#) aus „Pimp Your Town“: Prüfauftrag Sitzbänke.

Eine Stadt für alle.

Impressum:

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P.: Dr. Marc-Dietrich Ohse,
spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de
Fotos: unsplash.com/@error420; SPD-Ratsfraktion

Für Inhalte und Gestaltung der verlinkten Internetseiten übernehmen wir keine Verantwortung.

